

Antrag der Fraktion der CDU

Deutsche Flagge konkurrenzfähig machen

Das Land Bremen ist nach Hamburg und Niedersachsen der drittgrößte deutsche Reedereistandort. 28 Reedereien mit 272 Schiffen und 5,4 Mio. BRZ haben hierzulande ihren Unternehmenssitz (Stand: 2014). Die Bremische Seeschifffahrt ist mittelständisch geprägt. Rund 50 Prozent der Reedereien bereedern zwischen 6 und 20 Schiffe, knapp 40 Prozent bereedern weniger als 5 Schiffe. Die Seeschifffahrt ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor: An Bord der 3.500 deutschen Handelsschiffe arbeiten 71.000 Seeleute. Zusammen mit den 24.000 Beschäftigten an Land tragen sie jährlich 11,1 Mrd. Euro zum Bruttoinlandsprodukt bei und leisten 1,2 Mrd. Euro an Steuern und Sozialabgaben.

Die Seeschifffahrt hat sich immer noch nicht vollständig von der Weltwirtschafts- und Finanzkrise erholt. Das weltweite Überangebot an Schiffsraum verhindert nach wie vor eine nachhaltige Erholung der Fracht- und Charterraten, die in etlichen Märkten gerade einmal die Betriebskosten decken. Der Abbau der Schifffahrtsportfolien bei Banken und Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Fremdkapital belasten viele Reedereien zusätzlich. In dieser Situation sehen sich viele Unternehmen vor die Frage gestellt, sich zwischen dem Verbleib am Markt und der Beschäftigung deutscher Seeleute entscheiden zu müssen. Die Mehrkosten für das Personal auf einem Schiff unter deutscher Flagge betragen trotz der öffentlichen Beihilfen in Form von Lohnkostenzuschüssen, 40-prozentigem Lohnsteuereinbehalt und Ausbildungsplatzförderung jährlich bis zu 500.000 Euro pro Schiff. Wenn die deutsche Flagge wettbewerbsfähig bleiben soll, müssen diese Kostennachteile ausgeglichen oder zumindest verringert werden.

Ziel des 2003 ins Leben gerufenen Bündnisses für Ausbildung und Beschäftigung in der Seeschifffahrt („Maritimes Bündnis“) ist es, möglichst viele Schiffe unter deutscher Flagge zu betreiben, um weiterhin genügend Ausbildungs- und Arbeitsplätze für deutsche Seeleute zur Verfügung zu stellen und das maritime Know-how am Standort Deutschland zu erhalten. Um die jungen Seeleute nach der Ausbildung an Bord halten zu können, ist jedoch eine weitere Entlastung der Arbeitgeber bei der Lohnsteuer und den Lohnnebenkosten notwendig. Außerdem muss die Schiffsbesetzungsverordnung an das Niveau anderer europäischer Staaten angeglichen werden. Nach Umsetzung dieser Maßnahmen ist die deutsche Flagge zwar noch keine „Billigflagge“ – die sie weder

werden kann noch werden soll – aber sie wäre mit anderen europäischen Flaggen, wie der niederländischen und der dänischen, konkurrenzfähig.

Ein wichtiger Bestandteil des Maritimen Bündnisses ist die Ausbildungsförderung für angehende Seeleute. Die im Bremer Rhederverein organisierten Reedereien haben zugesagt, zur Stärkung der nautischen Ausbildung an der Hochschule Bremen insgesamt 30 zusätzliche Praxisseminarplätze und Stellen für die Ausbildung zum Nautischen Offiziersassistenten zur Verfügung zu stellen. Die Hochschule Bremen muss in die Lage versetzt werden, das zusätzliche Potenzial an Ausbildungsplätzen im Studiengang Ship Management ihrerseits abzubilden.

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich über eine Bundesratsinitiative für folgende Maßnahmen zur Stärkung der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Flagge einzusetzen:
 - a. Vollständiger Lohnsteuereinbehalt für Seeleute an Bord von deutschflaggigen Handelsschiffen,
 - b. Vollständige Befreiung deutscher Seeleute auf deutschflaggigen Seeschiffen von den Arbeitgeberbeiträgen zur Sozialversicherung,
 - c. Anpassung der Schiffsbesetzungsverordnung, wonach zukünftig auf einem Kauffahrteischiff unter deutscher Flagge nicht mehr bis zu vier sondern – abhängig von der Bruttoreaumzahl – zwei oder drei Crewmitglieder Unionsbürger sein müssen; bei Schiffen mit einer Bruttoreumzahl von über 1.600 und einer Antriebsleistung ab 750 Kilowatt soll es zukünftig ausreichen, dass ein Crewmitglied die Ausbildung zum Schiffsmechaniker absolviert hat, ohne dass er oder sie zwingend auch in dieser Funktion tätig sein muss.
2. Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, den internationalen Studiengang Ship Management an der Hochschule Bremen in der Weise auszubauen und die dafür notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen, dass pro Jahrgang 30 zusätzliche Studienanfänger und Studienanfängerinnen aufgenommen werden können.

Paul Bödeker, Jörg Kastendiek, Susanne Grobien, Thomas Röwekamp und Fraktion der
CDU